



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/263 - 11.11.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

| | |
|--|------|
| Gedanken zum 15. November | S. 1 |
| Ein Bischof-Prozeß in Schweden | S. 3 |
| Verfassungswerk in Baden-Württemberg abgeschlossen | S. 4 |
| Das Echo zu Bermuda | S. 6 |

Die Mahnung der Toten

Zum Volkstrauertag

Von Ludwig Metzger, MdB

Damit ein ganzes Volk innehalten und stillwerden kann, begehen wir diesen Tag. Viel Leid hat sich aufgehäuft in den Jahren des Schreckens, die hinter uns liegen. Es gibt Menschen, die sind schier erdrückt worden von der Wucht des Leids und haben sich bis heute nicht erholt, und es gibt andere, die haben sich in den Taumel hineingeworfen, um zu vergessen. Aber Leid kann man nicht vergessen, man kann es nur überwinden.

Deshalb wollen wir den Kopf nicht in den Sand stecken. Der Tag heute soll uns allen eine Hilfe sein. Vor unserem geistigen Auge ziehen die Bilder des Grauens vorüber; wir denken an das Sterben in den Materialschlachten des ersten und zweiten Weltkrieges, in den Kellern und Trümmern unserer brennender und vom Bombenhagel erschütterten Städte. Männer, Frauen, Kinder waren die Opfer, mitleidlos, ohne Unterschied des Geschlechts und des Alters. Und an die vielen denken wir, die in den Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern hingerichtet, an die Juden, die wie das Vieh zusammengetrieben und vernichtet worden sind. Bilder von apokalyptischer Gewalt treiben uns um, wenn wir zur Besinnung kommen. Bis in die Träume hinein

verfolgen sie die, die sich ihr Gewissen schärfen lassen.

Der geschändete, der leidende, der sterbende Mensch, er ist es, der uns mahnt. Und unsere Trauer mit den vielen, vielen - denen, die wir persönlich gekannt und geliebt haben und denen, die uns unbekannt waren - kann nur ein Mit-Leiden sein. Aber unser Mit-leid darf sich nicht erschöpfen in zerfließendem Gefühl, es muß uns zur Kraft der Wandlung und Umkehr werden. Wir müssen heraus aus der Unmenschlichkeit, der Verachtung des Menschen. Nur wer sich von der Liebe zum leidenden Wesen erfüllen läßt, wird die Kraft haben, um dem Menschen willen für Ordnung und Verhältnisse zu kämpfen, in denen der Mensch nicht mehr Sache ist, in denen er wieder Mensch sein kann. Ein Tag der Trauer kann für uns ein Tag der Besinnung, der Erweckung werden, wenn wir nur hören wollen.

Unsere dahingeschiedenen Brüder und Schwestern stehen vor uns in langer Reihe, und wir können und wollen die Trauer um sie nicht unterdrücken. Aber wir dürfen auch nicht die furchtbareren Anklagen überhören, die an unser Ohr klingen. Glaube niemand, daß wir einen neuen, besseren Weg gehen können, wenn wir so tun, als ob in der Vergangenheit nichts geschehen sei, das wir mit allen Kräften innerlich und äußerlich überwinden müssen. Wir wollen sie, die Toten, in all die Liebe hineinnehmen, deren wir fähig sind. Ohne sie können wir uns von der Last der Vergangenheit nicht befreien und die Zukunft nicht gestalten. Vielleicht gelingt es uns dann auch, etwas von der erlösenden Kraft zu erfahren, die in Gott, dem Inbegriff aller Liebe, ist. In ihm könnte uns der Trost und die Hoffnung werden, daß wir, die Lebenden und die Toten, über die Vergänglichkeit hinaus vereint sind.

+ + +

Ein Bischof vor Gericht

KRE - Stockholm

Der Bischof von Strängnäs, Dick Helander, steht nun vor dem Richter in Upsala. Er wird beschuldigt, im Vorjahre seine Wahl zum Bischof des Stiftes dadurch beeinflußt zu haben, daß er anonyme Schmähbriefe gegen andere Kandidaten verbreitete. Selten noch hat eine Rechtssache die schwedische Öffentlichkeit so stark bewegt wie dieser Briefskandal, und selten auch war die vorgefaßte Meinung so eindeutig wie in diesem Fall: Der angeklagte Bischof sei der Schuldige.

In der Tat belasten ihn die Indizien schwer. Er versuchte, die Schreibmaschine zu ersetzen, auf der die Schmähbriefe geschrieben worden waren. Er unternahm andere Winkelzüge, um jeden Verdacht von sich abzulenken. Aber er tat das alles so unerhört tolpatschig und dumm, daß die Rührung des unbefangenen Beobachters größer ist als seine Überzeugung von der Schuld des geweihten Mannes.

Des Bischofs Verhalten vor dem Richter läßt auch nicht den Schluß zu, daß diesen sonst schonen, weichen Mann das schlechte Gewissen plage. Seine Aussagen sind klar, mitunter heiter und immer bestimmt. Und selbst wo er Fallen im Kreuzverhör geschickt und intelligent ausweicht, ruft er nicht den Eindruck hervor, ein besonders gewiegter Betrüger zu sein.

Eine dänische Zeitung, "Politiken", war es, die dieser Tage mit Recht vor einem Vor-Urteil über Helander warnte und an den Fall Dreyfuß erinnerte. Die Parallele mit Dreyfuß stimmt ja insofern nicht ganz, als der Spion Esterhazy aus Gewinnstreben sich verbrecherisch betätigte, während Dreyfuß keineswegs so edel gesinnt war, daß er, hätte er ihn gekannt, den Namen des Täters aus Anständigkeit oder Rücksichtnahme auf das Ansehen der Armee verschwiegen hätte.

Hingegen ist im Falle Dick Helander nicht die Möglichkeit von der Hand zu weisen, daß ein intimer Feind die Schmähbriefe schrieb und der Verdacht, daß der aus ihnen Nutzen ziehende Bischof diese Briefe geschrieben habe, geschickt auf Helander wendete. Und ebenso besteht die Möglichkeit, daß der Bischof den Täter zwar kennt, dessen Namen jedoch zum Nutzen der Kirche verschweigt, deren Ansehen durch

die Voruntersuchung ohnehin schon schwer geschädigt worden ist. Daß der Täter in kirchlichen Kreisen zu finden sei, kann nämlich nicht bezweifelt werden.

Bei den bisherigen Verhandlungen hat nicht der angeklagte Bischof den Kürzeren gezogen, sondern der Ankläger, wenn auch die Indizien bisher kaum erschüttert worden sind. Aber mit solcher Ruhe und Selbstsicherheit wie Dick Holander tritt selten ein Angeklagter auf, der sich seiner Schuld bewußt ist, es sei denn, es handle sich um einen besonders abgefeimten Schurken. Daß der Bischof einem solchen ähnlich sei können selbst seine größten Feinde nicht behaupten.

Der Versuch, in diesem Falle Recht zu finden, geht weiter - mit der Klarheit und Folgerichtigkeit, die der unbestechlichen schwedischen Justiz zu eigen ist. Das macht die Spannung nicht geringer, mit der die Wahrheit im Falle Holander erwartet wird.

+ + +

Dr. Gebhard Müllers erste Niederlage

dr - Stuttgart

Der Zusammenschluß der drei alten Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern ist vollzogen. Leo Wohleb, einst kleinster Ministerpräsident unter den elf westdeutschen Länderchefs, mag das bedauern, aber es ungeschehen zu machen, ist auch dem listereichen Gymnasialdirektor von einst nicht mehr möglich.

Die Verfassung des neuen Landes Baden-Württemberg, das die Farben schwarz-gold tragen wird, ist von allen Parteien verabschiedet worden, die Verfassungsgebende Landesversammlung hat sich zum ersten Landtag konstituiert und dessen Legislaturperiode auf den 31. März 1956 begrenzt. An der Regierung, die vor wenigen Wochen gebildet worden ist und bei deren Geburt die Bonner Hebamme kräftig mitwirkte, wird sich, so sieht es heute aus, auf Zeit nichts ändern. Das arithmetisch ausgehandelte Zwölf-Männer-Kabinett der All-Parteien-Koalition CDU/SPD/FDI/BHE will arbeiten und beachtliche Probleme, vor denen das neue Land steht, bis zur nächsten Wahl vorwärts treiben.

Aus Baden-Württemberg wird also künftighin wenig Sensationelles zu erwarten sein. Wie immer, wenn keine Opposition vorhanden ist, werden die Sitzungen des Landtags Regierarbeiten des Kabinetts sein. Die

freien Journalisten, die vom Zeilengeld leben - und bei Reinhold Maier auf ihre Kosten kamen - sahen sich betäubt nach einem festen Job um.

Die Verfassung des Landes, durch den Regierungsumbau in letzter Minute der Kampfabstimmung entzogen, stellt einen Kompromiß dar, der sich besonders in der Schulfrage zeigt. Der Wunsch, in dem sich SPD und Reinhold Maier trafen, dem ganzen Lande die christliche Gemeinschaftsschule zu geben, ist nicht erfüllt. Es bleibt der Status quo. In drei Regierungsbezirken wird die christliche Gemeinschaftsschule, im vierten Regierungsbezirk - in Württemberg-Hohenzollern - die gemischte, in Wirklichkeit aber vorwiegend die Konfessionsschule bleiben. Das ist bitter, denn es erscheint aussichtslos, für das Land noch zu einer gemeinsamen Schulform zu kommen. Die SPD erhandelte sich die verfassungsmäßige Sicherung der Schulgeld- und Lernmittelfreiheit an allen öffentlichen Schulen. Die CDU gab nach. Ihr muß attestiert werden, daß sie sich bei der generellen Bereinigung verhärteter Frontbildungen äußerst nachgiebig zeigte. Sie warf ihr Oppositionsprogramm völlig über den Haufen. Für ihre Kardinalforderung, nach Annahme der Verfassung Neuwahlen durchzuführen, stimmten von 50 CDU-Abgeordneten nur noch zwölf - das ist ein Teil der Altbadener. Der altbadische Spitzenreiter, Dr. Friedrich Werber, der sein Doppelmandat in Land und Bund dem fleisigen Trommelwirbel "für das geliebte Badener Land" verdankt, stimmte gegen seine altbadische Gefolgschaft. Er ist inzwischen auch aus dem Heimatbund "Badener Land" ausgetreten. Werber ist bei der Regierungsbildung in Stuttgart Staatsrat geworden, ehrenamtlicher Staatsrat, was ihm gestattet, beide Mandate beizubehalten. Ein vor der Wahl getroffener CDU-Beschluß, keine Doppelmandate zuzulassen, gilt nicht.

Die Frage, wie Baden-Württemberg künftig im Bundesrat stimmen wird, läßt sich generell nicht beantworten. Die Frontbildungen werden quer durch die Regierung verlaufen. In der Verfassungsgebenden Landesversammlung verlief die Front in dritter Lesung der Verfassung gegen die CDU. Die Verfassung bestimmt, daß der Ministerpräsident für die Richtlinien der Politik verantwortlich ist, durchlöchert diese Regelung zugleich, nimmt ausdrücklich auch die Abstimmungen im Bundesrat aus der Kompetenz des Ministerpräsidenten heraus und erklärt dafür das Gesamtkabinet als zuständig. Die CDU wollte diese Regelung ersetzen. Ihr Sprecher war der Ministerpräsident in seiner Eigenschaft als Abgeordneter. Sein Gegenantrag wurde trotz zäher Begründung von SPD/FDP/BHE (also haargenau von den früheren Koalitionsparteien) abgelehnt. Damit holte sich Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller seine erste Niederlage vor dem Parlament.

Verhärtung des Status quo ?

A.E. Als vor vier Monaten die Regierungschefs von USA, England und Frankreich ihre damals allerdings nicht verwirklichte Absicht kundtaten, auf Bermuda zusammenzutreffen, ging ein Aufatmen durch die Welt. Man sah in dieser beabsichtigten Begegnung der führenden Staatsmänner der westlichen Welt das notwendige Vorspiel zu einer ohne Hemmungen und Vorbedingungen belasteten Generalausprache mit dem Nachfolger Stalins. Die damals bevorstehenden deutschen Wahlen, Frankreichs innerpolitische Schwierigkeiten und wachsendes Unbehagen in der republikanischen Führungsschicht der USA ließen die ohnehin schon abgeschwächte Initiative des britischen Ministerpräsidenten nicht zum Tragen kommen; so blieben die im Frühjahr unternommenen Versuche, die starren Fronten des Kalten Krieges aufzulockern, schon in den Anfängen stecken.

Die Konferenz der drei Westmächte wird nun doch im Dezember stattfinden, am gleichen Ort, aber unter weichen anderen Vorzeichen... Niemand, wie das in- und ausländische Presseecho zeigt, ist darüber aus ganzem Herzen froh. Die USA haben diesmal ohne langes Hin und Her die erneute Anregung Churchills aufgegriffen und sie werden es auch sein, die den Ton, Inhalt und Verlauf dieser Bermuda-Tagung bestimmen. London gibt sich zwar große Mühe, das Treffen als eine Routinebegegnung hinzustellen, wobei die kaum verhüllte Befürchtung mitklingt, daß das Ergebnis von Bermuda doch mehr sein mag und sein wird als ein gelegentlicher Gedankenaustausch. Das amerikanische Drängen, den Notenwechsel mit der Sowjetunion abubrechen, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft beinahe um jeden Preis und unter Außerachtlassung der besonderen Empfindlichkeiten Frankreichs auf die Beine zu stellen, wird immer stürmischer. So sieht denn Frankreich mit großem Unbehagen Bermuda entgegen; es wird sich so oder so entscheiden müssen. Paris hat nicht mehr genügend Spielraum zum Manövrieren, es hat nur die Wahl zwischen der EVG und der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO - um die Tatsache der deutschen Wiederbewaffnung kommt es, sofern es nach dem Willen der USA und des deutschen Bundeskanzlers geht,

nicht mehr herum, sie bleibt das beherrschende Element in der internationalen Politik. Was es noch erhoffen kann, sind auf deutsche Kosten erpreßte Zugeständnisse.

Nicht nur der bisher wenig fruchtbare Notenwechsel mit der Sowjetunion hat zur Versteifung der amerikanischen Haltung geführt; von ebenso elementarer Macht ist das Bestreben der USA, ihre Truppen in absehbarer Zeit aus Europa abzuziehen und sie durch deutsche Divisionen zu ersetzen. Inwieweit bei diesen strategischen Überlegungen die Tatsache eine Rolle spielt, daß im Ernstfalle in Europa stationierte USA-Truppen der vernichtenden Wirkung der russischen Wasserstoffbombe ausgesetzt wären, mag der Spekulation überlassen bleiben; das Risiko, das sich die USA-Strategen nicht selbst zumuten, soll auf das deutsche Truppenkontingent, ob in- oder außerhalb der EVG, übertragen werden ...

Das Ergebnis einer forcierten westdeutschen Wiederbewaffnung kann nur die Versteinerung des Status quo sein. Die Gefahren, die sich mit Bermuda für die deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit abzeichnen - von der Bundesregierung ist nach allen bisherigen Erfahrungen ein allzu williges Eingehen auf die USA-Pläne zu erwarten - dürften mit der Gewährung der im Generalvertrag vorgesehenen Scheinsouveränität für die Bundesrepublik vorläufig verschleiert werden. Die Aufhebung des Junctions zwischen Generalvertrag und EVG wird nach allen Ankündigungen aus Washington und London der Trostpreis für die Bundesregierung sein - ein Preis allerdings, der die deutsche Zukunft mit neuen, heute noch kaum überschabaren Hypotheken belastet.

+ + +